

**9. Dialogplattform zur Integration der Roma  
Frühkindliche Bildung, Wohnen, Mindestsicherung**

*Bundeskanzleramt*

*4. Dezember 2013*

National Contact Point:

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer

Dr.<sup>in</sup> Susanne Pfanner

Universität Wien:

Mag.<sup>a</sup> Regina Studener-Kuras

Stadt Wien MA 10:

Mag.<sup>a</sup> Katrin Zell

Anwesend: laut Anwesenheitsliste

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 14:00 Uhr

**1. Begrüßung**

Die Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und präsentiert die Tagesordnung für die Dialogplattform.

**2. Tätigkeitsbericht des EU National Roma Contact Point**

Die Vorsitzende berichtet über folgende Entwicklungen und Aktivitäten des National Contact Point:

- Geplante Annahme der EU-Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten beim Rat für Beschäftigung und Soziales am 9. Dezember 2013

- Aktive österreichische Mitgestaltung des Empfehlungstexts (vor allem hinsichtlich der Bedeutung sozioempirischer Daten)
- Überblick über den aktuellen Stand der laufenden Studien
- Geplante Beauftragung einer Studie über den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen noch vor Jahresende
- Ankündigung des nationalen Fortschrittsberichts sowie Erklärungen zu der in Vorbereitung dazu ergangenen Aussendung einer tabellarischen Maßnahmenübersicht

### 3. Frühkindliche Bildung

Mag. Studener-Kuras stellt die Ergebnisse des Forschungsprojekts „*Spracherwerb und lebensweltliche Mehrsprachigkeit im Kindergarten*“ vor, das im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wurde (zu den Folien vgl. Beilage 1).

Mag. Zell, eine Vertreterin der MA 10 und ebenfalls Mitglied des Forschungsteams, berichtet von der Umsetzung der Studienergebnisse im Rahmen der verpflichtenden frühsprachlichen Förderung, die die Förderung aller Erstsprachen der Kinder umfasst. Sie berichtet, dass rund 60% der Kinder in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen eine andere Erstsprache als Deutsch haben.

Die aktive Förderung der lebensweltlichen Mehrsprachigkeit soll vor allem durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Kindergarten-Pädagoginnen sichergestellt werden. Empfehlungen aus der Studie wurden in die „Standards zur pädagogischen Qualitätssicherung“ unter dem Punkt „Frühkindliche Bildung“ eingearbeitet. Für die nächste Dialogplattform werden Exemplare von „Perspektiven – Sprachliche Bildung im Kindergarten“ zur Verfügung gestellt werden.

Hingewiesen wird auch auf die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildungsarbeit der städtischen Wiener Kindergärten: den bundesländerübergreifenden Bildungsrahmenplan

(<http://www.bmukk.gv.at/medienpool/18698/bildungsrahmenplan.pdf>),

Bildungsplan der Stadt Wien

(<http://www.wien.gv.at/bildung/kindergarten/pdf/bildungsplan.pdf>) sowie generell auf die Grundsätze der Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit und Individualisierung und Differenzierung hin, die der Arbeit der städtischen Wiener Kindergärten zugrunde liegen.

In der anschließenden Diskussion weist der Vertreter des BMUKK auf eine Initiative zur umfassenden Sprachförderung hin, die sich derzeit in den Bundesländern in der Projektausarbeitungsphase befindet. Hingewiesen wird auch auf Empfehlungen an Österreich im Rahmen des Europäischen Semesters 2013, im Bereich frühkindliche Bildung verstärkt Maßnahmen für sozial Benachteiligte zu setzen.

Betont wird die Bedeutung der frühkindlichen Bildung als Vorbereitung für die Schule (vgl. dazu für Wien [http://www.sprich-mit-mir.at/app/webroot/files/file/folder\\_wien.pdf](http://www.sprich-mit-mir.at/app/webroot/files/file/folder_wien.pdf) sowie zwei Projekte in Niederösterreich). Teilnehmer berichten jedoch, dass frühkindliche Bildungsmaßnahmen Roma-Kinder oft nicht erreichen. Als Gründe dafür werden Schwierigkeiten beim Zugang zu einem Kindergartenplatz angeführt; meist begründet durch den Umstand, dass ein oder beide Elternteile nicht erwerbstätig sind. Angesprochen wird aber auch, dass in der Roma-Community das Bewusstsein für den Kindergarten als *Bildungsstätte* wenig verbreitet ist. Vielmehr stehe der *Betreuungsaspekt* im Vordergrund und meist würde der Betreuung im familiären Gefüge der Vorzug gegeben. Nicht selten würden zur Betreuung auch ältere, schulpflichtige Geschwister herangezogen.

Vor diesem Hintergrund wird der Bedarf für Kindergartenmediatorinnen betont. Der beitragsfreie Kindergarten in Wien (ganztags) und NÖ (bis 13h) wird begrüßt. Vorgeschlagen wird auch die Gründung einer Plattform zur Einbindung der Eltern in die Arbeit der MA 10 sowie die Gründung einer Roma-Kindergruppe.

Im Laufe der Diskussion wird an die Möglichkeit der außerinstitutionellen Frühförderung innerhalb der Familie im Rahmen des HIPPY Hausbesuchsprogramms erinnert. Eine Vertreterin des Vereins Beratungsgruppe.at erläutert kurz die Grundsätze des Programms (vgl. <http://www.hippy.at/>) und berichtet über positive Ergebnisse einer Evaluierung der sprachlichen und sozialen Kompetenz von ehemals durch HIPPY Hausbesucherinnen betreuten Schulkindern im ersten Halbjahr 2013 (Interviews mit Lehrkräften – vgl. Beilage 2)

Hervorgehoben wird auch die Rolle der Kindergarten-Pädagoginnen und Assistentinnen im Rahmen der frühkindlichen Bildung. Es wird gefordert, diese Berufe für Personen mit Migrationshintergrund aufnahmefähiger und attraktiver zu gestalten und auch der *faktischen* Bedeutung der Assistentinnen verstärkt Rechnung zu tragen.

Als Beispiel für die gelebte Mehrsprachigkeit an Wiener Volksschulen wird auf die Veranstaltung „Mehrsprachige Theaterstücke“ in der Volksschule Johnstraße hingewiesen (vgl. Beilage 3).

#### **4. Zugang zu Wohnraum, Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Teilnehmer berichten von steigender Armut bei immer knapperem leistbarem Wohnraum und steigenden Energiekosten. Hingewiesen wird auch auf Zugangshürden zum privaten Wohnungsmarkt wie Provision, Kautions- oder beschränkte Personenanzahl für kleine Wohnungen, die den Zugang zu Wohnraum erschweren. Erwähnt wird auch, dass Teilnehmer immer häufiger mit Fällen versteckter Wohnungslosigkeit konfrontiert sind.

In der Diskussion werden folgende Aspekte des prekären Wohnangebots werden aufgezeigt:

- Erfordernis einer Anpassung der Richtsätze für Wohnbeihilfe
- Wohnungslose Arbeitsmigranten ohne Zugang zum Sozialsystem oft mit schulpflichtigen Kindern
- Zusammenspiel Wohnungslosigkeit – Kindeswegnahme („Angstfaktor Jugendamt“)
- Ungenügendes Angebot für Familien und Frauen mit Kindern in Notschlafstellen
- Sprengung der familiären Strukturen
- Überforderung/Hilflosigkeit der handelnden Akteure

Anita Bauer vom Fonds Soziales Wien gibt einen Überblick über die Aktivitäten des Fonds Soziales Wien im Bereich Wohnen (<http://wohnen.fsw.at/index.html>):

- Wohnungsverlust vorbeugen (Beratungsstellen und Finanzielle Hilfe) <http://wohnen.fsw.at/wohnungsverlust/>
- Betreute Wohneinrichtungen
- Angebote für Wohnungslose (<http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/>)
- Wohnungslose Frauen (<http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/muki-einrichtungen/index.html>)
- Winterpaket (Nachtschlafquartiere und Wärmestuben als Tagquartiere)

Im Rahmen der Grundversorgung fungiert der Fonds Soziales Wien als Landesleitstelle, die in Kooperation mit den Partnerorganisationen die Wohnmöglichkeiten für hilfs- und schutzbedürftigen Fremde koordiniert. Erste Anlaufstelle: <http://wohnen.fsw.at/grundversorgung/beratungsstellen/index.html>

Menschen mit keinem oder einem sehr geringen Einkommen erhalten bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen die **Bedarfsorientierte Mindestsicherung** (BMS). Im Mindeststandard der BMS (2014: Euro 813,99 für eine alleinstehende Person) ist ein Anteil in Höhe von 25% als **Mietunterstützung** (Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfes) enthalten. Dieser beträgt für das Jahr 2014 für eine Person Euro 203,50. Darüber hinaus können BMS-BezieherInnen unter bestimmten Voraussetzungen auch noch **Wohnbeihilfe** beantragen. Sofern die Bruttomiete höher ist als Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfes aus der BMS und eine allfällig gewährte Wohnbeihilfe, kann noch eine zusätzliche **Mietbeihilfe** aus der BMS gewährt werden. Diese beträgt 2014 für eine Person maximal Euro 100,72. Nähere Informationen dazu finden sich auf der Homepage der Stadt Wien:

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (MA 40):

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/gesundheit/gesundheitsrecht/sozialhilfe/mindestsicherung.html>

Wohnbeihilfe (MA 50):

<http://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbauforderung/wohnbeihilfe/index.html>.

Eine Vertreterin von Vinzirast (<http://www.vinzirast.at/>) berichtet über die Erfahrungen des Vereins als Anbieter von Notschlafstellen und Übergangswohnungen, deren Inanspruchnahme als einzige Voraussetzung Bedürftigkeit vorsieht („Nische für Nicht-Anspruchsberechtigte“). Die Einrichtungen würden in letzter Zeit auch verstärkt von Arbeitsmigranten aufgesucht („modernes Sklaventum“).

Zum Thema Bereitstellung von Aufenthaltsorten für nicht sesshafte Roma ortet die Vorsitzende die Notwendigkeit, Routen zu identifizieren und einen von den Ländern koordinierten Durchreisplan zu erstellen.

Emmerich GÄRTNER-HORVATH schildert die Wohnsituation der autochthonen Roma im Burgenland und in Wien.

**Elektronisch gefertigt**